

Johannes Voggenhuber, JETZT



Einleitende Anmerkung: Ihre Fragen bedürfen eigentlich tieferer Betrachtungen, welche ich hier nur stark verkürzt darlegen kann.

A: Aus welchen Quellen beziehen Sie Ihre Überzeugungen, politischen Anschauungen und Werte?

Die Grundlagen des geistigen Europa finden sich in der Antike wie der griechischen Philosophie und Kunst und der griechischen Tragödie sowie im römischen Recht. Diese durchdringen schließlich die Renaissance, Humanismus und die europäische Aufklärung...

B: Für welche Anliegen werden Sie sich im Europäischen Parlament hauptsächlich einsetzen?

Wie Sie aus meiner Vita entnehmen können, habe ich bereits Beiträge geleistet, die ich und das Team der Initiative "1Europa" in Zukunft noch weiter schärfen und vertiefen möchten. Das Manifest der Initiative "1Europa" setzt u.a. nachstehende Ziele: Aufwertung des Europäischen Parlaments, europäische Volksabstimmungen, Direktwahl der Ratsmitglieder, Harmonisierung in der Sozial- und Steuerpolitik, europäischer Finanzausgleich, gemeinsame Migrations- und Asylpolitik, gegen Nationalismus, Populismus und Autokratie. Kurzum: Die Initiative will dazu beitragen, die Einigung Europas voranzutreiben. (Das gesamte Manifest ist unter der Webseite 1europa.at downloadbar)

Was wollen Sie tun, um ...

1. die christlich-jüdischen Werte als Grundlage für das Zusammenleben in Europa zu bewahren und zu fördern?

Werte sehe ich nicht nur als jene welche durch Religionen in die europäische Kultur eingeflossen sind, sondern alle Werte die eine friedliche, gedeihliche, freie, unabhängige, umweltbewusste und solidarische Gesellschaft ausmachen können.

Zitat aus dem „Grundriss einer Europäischen Verfassung - Die Einheit Europas“ (2003)

Präambel:

*WIR, DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER EUROPAS
UND IHRE STAATEN,
ERRICHTEN MIT DIESER VERFASSUNG
Die Europäische Union.*

*WIR GRÜNDEN SIE AUF DIE UNANTASTBARE WÜRDE DES MENSCHEN,
ALS EINEN RAUM DER FREIHEIT, DES RECHTS, DER SOLIDARITÄT,
DES WOHLSTANDS UND DER SICHERHEIT,
UM, IN DER VIELFALT DER KULTUREN,
VERANTWORTLICH VOR DER WELT UND DEN KÜNFTIGEN GENERATIONEN,
IN INNEREM UND ÄUSSEREM FRIEDEN ZUSAMMEN ZU LEBEN.*

2. die Verfolgung von Christen klar zu verurteilen und verfolgte Christen vor Ort zu unterstützen?

Jede Art der Verfolgung ist klar zu verurteilen und die Verfolgten vor Ort zu unterstützen. Hier sprechen Auszüge der Charta der Grundrechte der EU – an der ich als Mitglied des Konvents und Berichterstatter des Europäischen Parlament – u. a. bei den sozialen Rechten, mitgearbeitet habe, klare Worte:

Teil III

Artikel 20 Gleichheit vor dem Gesetz
Alle Personen sind vor dem Gesetz gleich.

Artikel 21 Nichtdiskriminierung

(1) Diskriminierungen, insbesondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, sind verboten.

(2) Im Anwendungsbereich des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und des Vertrags über die Europäische Union ist unbeschadet der besonderen Bestimmungen dieser Verträge jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten.

Artikel 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen

Die Union achtet die Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen.

3. die Familien in Europa zu stärken und die Geburtenrate zu erhöhen?

Wenn man im "klassisch staatlichen Sinn" Familie sieht, also weitere Generationen an Bürgern und Bürgerinnen zu haben, die das Gefüge Staat weiter tragen können: JA. Bei der Erhöhung der Geburtenrate werden wir am Begriff Familie im "kirchlichen Sinne" arbeiten müssen, der die Familie, also Mann und Frau, als Keimzelle der Vermehrung sieht. Aber wie steht es mit alleinerziehenden Frauen und Männern, gleichgeschlechtlichen Paaren, die Kinder adoptiert oder durch (künstliche) Befruchtung Kinder haben, zählen diese nicht auch als Familie? Wenn diese auch als Familie gelten, dann sind diese ebenso zu stärken und zu fördern. Ob Familien- und Geburtenfördermodelle à la Polen oder Ungarn dem Sinn nach Ihrer Frage dienlich sind, ist zu hinterfragen, siehe z. B. die aufgehobene und gescheiterte „ein Kind“ Politik in China.

4. die Anzahl der Schwangerschaftsabbrüche (vor allem von Kindern mit Behinderung) in Europa zu senken?

Die Thematik Schwangerschaftsabbrüche aus ethischen oder religiösen Kontexten zu beantworten ist fast unmöglich, denn es ist eine Entscheidung der Eltern, der Frau und des jeweiligen medizinischen Standpunktes sowie der sich mehrenden medizinischen Fortschritte. Ein Abbruch bedeutet prinzipiell Leid auf allen Ebenen und die Entscheidungen sind für keinen leicht. Im Gegenzug zu einer religiös-ethischen Forderung müssten auch z. B. Adoptionsbestimmungen gelockert werden um die Leben sozial auch zu ermöglichen (z.B. Babyklappe, Teenie, Vergewaltigungsopfer). Der Staat, die Gesellschaft muss die notwendigen, freien Entscheidungshilfen und Möglichkeiten zur Verfügung stellen um jedes Leben, nach Möglichkeit, schützenswert zu machen. Siehe auch Art 2 und Art 3 der CHARTA DER GRUNDRECHTE DER EUROPÄISCHEN UNION

5. die Unterstützung für Israel durch die EU sicherzustellen?

Der Israel/Palästina Konflikt hält seit dem Ende der Kreuzzüge und des britischen Mandats leider noch immer an. Das Existenzrecht des Staates Israel ist verankert und ist auch eine Aufgabe der EU. Die EU unterstützt jede Maßnahme die ein „Überleben“, eine friedliche Lösung ermöglichen würde. Doch sobald ein noch so kleiner Lösungsansatz gefunden werden könnte, wird dieser von der einen oder anderen Seite „torpediert“ und wenn nicht, tragen die "Einmischungspolitiken" auch zu keiner Lösung bei. Die Situation ist aus beiden Sichtweisen traurig und ich kenne die Situationen vor Ort als ehemaliges einziges Mitglied in beiden EU-Parlament-Delegationen Israel wie Palästina. Wie in Europa sind leider "hartnäckige Extreme", seien sie politisch oder religiös, das eigentliche Gift für jegliche Form einer friedlich zusammenlebenden Gesellschaft. Diese Extreme werden zusätzlich durch Rohstoff- und Wirtschaftsbegehrlichkeiten angefeuert.